



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Siemon

Telefon: (0221) 221 25001

Fax: (0221) 221 22026

E-Mail: Anja.Siemon@STADT-KOELN.DE

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 26.04.2021, 17:04 Uhr bis 17:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Innenhof Spanischer Bau (neben dem Stadtmodell)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU
Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD
Herr Werner Marx	CDU
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Herr Pascal Pütz	SPD
Herr Felix Spehl	CDU
Herr Lars Müller	Auf Vorschlag der Volt
Herr Ulrich Müller	Auf Vorschlag der SPD

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD
Herr Michael Hock	Die PARTEI
Frau Sarah Brunner	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Axel Sommer	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Eli Abeke	Auf Vorschlag der SPD
Herr Cemal Salman	Auf Vorschlag der SPD
Frau Ayfer Sevim	Auf Vorschlag der SPD
Herr Aaron Apphun	Auf Vorschlag der CDU
Herr Jürgen Schuiszill	Auf Vorschlag der CDU
Herr Evrum Evsin Kizilay	Auf Vorschlag der Linken
Herr Sascha Korinek	Auf Vorschlag der FDP

Frau Karin Preugschat

Auf Vorschlag der GUT

Herr Alf Spröde

Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Anna Maria Klimaszewska-Golan Auf Vorschlag des Integrationsrates

Herr Marcel Adolf

Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Herr Jörg Detjen

DIE LINKE

Frau Katja Hoyer

FDP

Verwaltung

Frau Prof. Dr. Diemert

Herr Dr. Becker

Herr Breuer

Herr Vogel

Herr Steden

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Güldane Tokyürek

DIE LINKE

Herr Volker Görzel

FDP

Beratende Mitglieder

Herr Axel Hopfauf

Auf Vorschlag der CDU

Herr Stefan-Lazar Mitu

Auf Vorschlag des Integrationsrates

Frau Nicola Muskatewitz

Auf Vorschlag von Volt

Herr Thomas Hilden

Auf Vorschlag der Grünen

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Deborah Timm

Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des AVR und begrüßt die Anwesenden.

Vor Abstimmung der Tagesordnung erfolgt nach Paragraph fünf Absatz zwei der Hauptsatzung zunächst die Verpflichtung der anwesenden Sachkundigen Bürgerinnen und Bürger sowie Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner für den *Ausschuss*,

zu dessen Mitgliedern sie gemäß Paragraph 58 Absätze eins, drei oder vier Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) bestellt werden.

Marcel	Adolf		Sachk. Einw. nach § 58 Abs. IV GO NRW
Anna Maria	Klimaszewska-Golan		Sachk. Einw. nach § 58 Abs. IV GO NRW (Vertreterin)

Der Vorsitzende trägt den Verpflichtungstext aus Paragraph fünf Absatz eins der Hauptsatzung vor:

"Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen."

Der Vorsitzende begrüßt die neuen Mitglieder.

Im Anschluss trägt er die folgenden Vorschläge der Verwaltung zur Zusetzungen in die Tagesordnung im öffentlichen Teil vor:

- 1.1 Controllingbericht zum 1. Gleichstellungsplan für 2019- 2023
3641/2020
(in der Einladung irrtümlich unter 10.4 einsortiert)
- 3.2 Beantwortung einer mdl. Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Standesamtliche Trauungen in Köln"
1388/2021
(zugesetzt am 22.04.2021; die Unterlagen werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.)
- 4.5 Mitteilung des Personal- und Verwaltungsmanagements zu den Themen Personalmarketing- und Personalgewinnungsmaßnahmen
0691/2021
(zugesetzt am 16.04.2021)
- 4.6 Jahresbericht über die Zugriffszahlen von stadt.koeln in 2020
1363/2021
(zugesetzt am 19.04.2021)
- 4.7 Bußgeldkatalog der Stadt Köln zur Ahndung von Verstößen gegen die Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Köln (Wohnraumschutzsatzung)
1344/2021
*(zugesetzt am 13.04.2021)
(ursprünglich unter 13.2 in den Umdruck gegangen. Soll jedoch öffentlich diskutiert werden, daher würde der TO auf 4.7 verschoben)*
- 4.8 Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud
1126/2021
(zugesetzt am 26.04.2021; die Unterlagen werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.)

- 4.8.1 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 7. April 2021
1314/2021
(zugesetzt am 26.04.2021; die Unterlagen werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.)
- Zu 6.4 Beantwortung von Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zum Personalbericht 2019/2020
1421/2021
(zugesetzt am 21.04.2021)
- 6.5 Ordnungsmaßnahmen in der Corona Pandemie
AN/0889/2021
(zugesetzt am 21.04.2021)
- Zu 6.5 Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates, AN/0889/2021 der AfD-Fraktion
1524/2021
(zugesetzt am 26.04.2021; die Unterlagen werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt)
- 10.9 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“
1004/2021
(zugesetzt am 13.04.2021)
- 10.10 Live-Stream attraktiver gestalten
1327/2021
(zugesetzt am 19.04.2021)
- 10.11 Erschließung von alternativen Spielstätten: Umsetzung Konzept zur Förderung des Open-Air-Angebots sowie Corona-Zwischennutzungsfonds 2021
1217/2021
(zugesetzt am 23.04.2021; die Unterlagen werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt)

Darüber hinaus benennt er die folgenden Vorschläge zur Zusetzung für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung:

- 12.1 Beantwortung mündliche Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Prüfbericht Mehrarbeit" vom 08.03.2021
1113/2021
(zugesetzt am 13.04.2021)
- 12.2 Anfrage zu der Anpassung der städtischen Wertgrenzen für Vergaben an die im Erlass des Landes genannten Wertgrenzen
1300/2021
(zugesetzt am 22.04.2021; die Unterlagen werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt)
- 17.6 Kürzung der Landeszuschüsse zu den Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen KölnKitas gGmbH

1212/2021
(zugesetzt am 21.04.2021)

Der Vorsitzende teilt mit, dass Tagesordnungspunkt 8.1 der SPD Änderungsantrag nach § 13 betreffend „Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen - Sitzen statt Parken – Außengastronomie auf Stellplätzen“ (AN/0324/2020) nicht diskutiert werden könne, da die dazugehörige Beschlussvorlage (2763/2019) bereits zurückgestellt worden sei.

Darüber hinaus soll auf Wunsch der Verwaltung der Tagesordnungspunkt 1.1 abgesetzt werden, da die Vorlage zunächst im Gleichstellungsausschuss diskutiert werden solle.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Beschlussvorlage mit Begründung der Dringlichkeit verfristet zugegangen sei. Die Verwaltung bitte dennoch um die Beratung. Die Begründung der Dringlichkeit sei der Vorlage beigefügt. Der Ausschuss stimmt der Dringlichkeit zu, somit wird der Tagesordnungspunkt 10.11 betreffend „Erschließung von alternativen Spielstätten: Umsetzung Konzept zur Förderung des Open-Air-Angebots sowie Corona-Zwischennutzungsfonds 2021 (1217/2021)“ zugesetzt.

MdR Richter bittet darum, den Tagesordnungspunkt 4.2 zurückzustellen.

MdR Dr. Krupp bittet darum, den Tagesordnungspunkt 4.8 ebenfalls zurückzustellen.

MdR Hoyer bittet darum, den Tagesordnungspunkt 10.1 ohne Votum in die Beratungsfolge zu schieben.

Der Vorsitzende lässt über die Tagesordnung abstimmen.

Die Tagesordnung ist vom Ausschuss einstimmig beschlossen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Bestellung einer Schriftführerin für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales
0973/2021

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1.1 Controllingbericht zum 1. Gleichstellungsplan für 2019 - 2023 (zurückgestellt aus der Sitzung vom 08.03.2021; bitte halten Sie Ihre Unterlagen bereit)
3641/2020

2 Internationales

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 3.1 Beantwortung einer mdl. Anfrage des RM Cremer zum Leitfaden für eine wertschätzende Kommunikation bei der Stadt Köln
hier: mündliche Anfrage aus der Sitzung vom 08.03.2021, 4.3 der Niederschrift
1040/2021
- 3.2 Beantwortung einer mdl. Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Standesamtliche Trauungen in Köln"
1388/2021

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Mitteilung zum Antrag der SPD-Fraktion AN/1157/2020 "Kölner Ordnungsdienst darf nicht an den Stadtrand verlagert werden" vom 25.01.2021
0566/2021
- 4.2 Evaluierungsbericht des Sachstandsbericht der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus
0632/2021
- 4.3 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen im Jahr 2020
0661/2021
- 4.4 Transparenzbericht 2020 zur Verwaltungsreform #wirfürdiestadt und Innovationsplattform innovative-stadt.koeln
1329/2021

Hinweis:

Aufgrund der Corona-Situation ist die Verwaltung angehalten, möglichst auf Präsenztermine zu verzichten.

Daher wird in Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden, Herrn Petelkau, auf eine Präsentation durch Herrn Dr. Heinz in der Sitzung am 26. April 2021 verzichtet. Stattdessen können die Ausschussmitglieder über folgenden Link auf das Video der Pressekonferenz zur Veröffentlichung des Transparenzberichts 2020 zur Verwaltungsreform #wirfürdiestadt und den Launch der Innovationsplattform innovative-stadt.koeln zugreifen und sich informieren:

<https://youtu.be/2YztrDaUjEs>

Zusätzlich liegen Druckexemplare des Transparenzberichts 2020 in der Sitzung in Ergänzung zur PDF-Fassung als Anlage der Vorlage bereit.

Fragen werden gerne im Nachgang schriftlich durch die Verwaltung beantwortet.

- 4.5 Mitteilung des Personal- und Verwaltungsmanagements zu den Themen Personalmarketing- und Personalgewinnungsmaßnahmen
0691/2021
- 4.6 Jahresbericht über die Zugriffszahlen von stadt.koeln in 2020
1363/2021
- 4.7 Bußgeldkatalog der Stadt Köln zur Ahndung von Verstößen gegen die Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Köln (Wohnraumschutzsatzung)
1344/2021
- 4.8 Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud
1126/2021
- 4.8.1 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 7. April 2021
1314/2021

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

- 6.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Videoüberwachung am Ebertplatz" (zurückgestellt aus den Sitzungen vom 31.08.2020, 25.01.2021 und 08.03.2021; bitte halten Sie die Unterlagen bereit)
AN/1141/2020
- 6.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Bereitstellung von Räumen für Kölner Schiedsleute" (zurückgestellt aus der Sitzung vom 08.03.2021; bitte halten Sie die Unterlagen bereit)
AN/0359/2021
- 6.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, Volt-Fraktion und Ratsgruppe GUT betreffend "Realisierung Antrag Jobrad für städtische Mitarbeitende" (zurückgestellt aus der Sitzung vom 08.03.2021; bitte halten Sie die Unterlagen bereit)
AN/0411/2021

Beantwortung der Anfrage AN/0411/2021 (TOP 6.3) betreffend "Realisierung Antrag Jobrad für städtische Mitarbeitende", Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, Volt-Fraktion sowie der Ratsgruppe GUT, AN/0411/2021
0826/2021

- 6.4 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der CDU Fraktion und Volt-Fraktion betreffend "Personalbericht 2019/2020" (zurückgestellt aus der Sitzung vom 08.03.2021; bitte halten Sie die Unterlagen bereit)
AN/0410/2021

Beantwortung der Anfrage AN/0410/2021 (TOP 6.4) betreffend "Personalbericht 2019/2020" gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zum Personalbericht 2019/2020
1421/2021

Beantwortung der Anfrage AN/0410/2021 (TOP 6.4) betreffend "Personalbericht 2019/2020"
0835/2021

- 6.5 Anfrage der AfD betreffend "Ordnungsmaßnahmen in der Corona Pandemie"
AN/0889/2021

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates, AN/0889/2021 der AfD-Fraktion "Ordnungsmaßnahmen in der Corona Pandemie" zur Sitzung am 26.04.2021
1524/2021

7 Mündliche Anfragen

8 Anträge

9 Platzvergaben

- 9.1 Genehmigung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2021
1203/2021

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Änderungsverordnung zum Kölner Taxitarif
0539/2021

- 10.2 Bedarfsfeststellung für ein Assessment Center zur Auswahl der Teilnehmenden an einer modularen Qualifizierung und zur Vergabe der Förderungen bzw. Anerkennungen eines Masterstudiums im Verwaltungsbereich, technischen Bereich und Sozial- und Erziehungsdienst
1079/2021

- 10.3 Erweiterung des bisherigen Projektes „Bleibereichtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln“ zum Programm „Bleibeperspektiven in Köln“
3534/2020

- 10.4 Platzhalter, ehemalgig: "Controllingbericht zum 1. Gleichstellungsplan für 2019 - 2023 (zurückgestellt aus der Sitzung vom 08.03.2021"
- 10.5 Besetzung der Ausländerrechtlichen Beratungskommission (ABK) für die Wahlperiode 11-2020 - 2025
3683/2020
- 10.6 Satzung zur rückwirkenden Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren vom 19. Dezember 2012
0988/2021
- 10.7 Änderung der Hauptsatzung, hier: Erweiterung der Entsendung sachkundiger Einwohner*innen durch die Seniorenvertretung (Wirtschaftsausschuss, Digitalisierungsausschuss, Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie Gleichstellungsausschuss)
0329/2021
- 10.8 Bedarfsfeststellungsbeschluss im Zuge des erhöhten Risikomanagements der Stadt Köln für die Silvesterfeiern in den Jahren 2021 bis 2024 und Vergabe der Leistungen
0283/2021
- 10.9 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“ hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 und 2
1004/2021
- 10.10 Live-Stream attraktiver gestalten
1327/2021
- 10.11 Erschließung von alternativen Spielstätten: Umsetzung Konzept zur Förderung des Open-Air-Angebots sowie Corona-Zwischennutzungsfonds 2021
1217/2021

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

II. Nichtöffentlicher Teil

12 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 12.1 Beantwortung mündliche Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Prüfbericht Mehrarbeit" vom 08.03.2021
1113/2021
- 12.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage betreffend der "Anpassung der städtischen Wertgrenzen für Vergaben an die im Erlass des Landes genannten Wertgrenzen
1300/2021

13 Mitteilungen der Verwaltung

- 13.1 Erfahrungsbericht zum Soll-Ist-Vergleich über den Fahrzeugbestand der Feuerwehr Köln (Nr. 0090/2021 und 3695/2018)
1088/2021

14 Schriftliche Anfragen

15 Mündliche Anfragen

- 15.1 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 17.2 (2309/2020, Aus der Sitzung vom 08.03.2021)
1083/2021

16 Anträge

17 Allgemeine Vorlagen

- 17.1 Prüfbericht Prüfung des Einsatzes von Videoüberwachungssystemen
0084/2021
- 17.2 Anpassung der städtischen Wertgrenzen für Vergaben an die im Erlass des Landes genannten Wertgrenzen
2115/2020
- 17.3 Kulturzentrum am Neumarkt (KAN) - Nachtragsvereinbarung zwischen der Stadt Köln und der ARGE KAN zur Übertragung des technischen Gebäudebetriebes und der Betreiberverantwortung sowie Beilegung der gerichtlichen Streitverfahren (Vergleich)
2273/2020
- 17.4 Prüfung der Anwendung der Sponsoringrichtlinie bei der Stadt Köln
3504/2020
- 17.5 Bildung einer Einigungsstelle gem. § 67 LPVG NW
0952/2021
- 17.6 Kürzung der Landeszuschüsse zu den Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen KölnKitas gGmbH
1212/2021
- ### **18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**
- 18.1 Bedarfsfeststellung für den Abruf von SAP- Beraterdienstleistungen für den Bereich Fördermittelmanagement
0236/2021/1

I. Öffentlicher Teil

Bestellung einer Schriftführerin für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales 0973/2021

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales bestellt für die restliche Dauer der Wahlperiode 2020 bis 2025

Frau Anja Siemon zur Schriftführerin des Ausschusses.

Die Bestellung von Frau Melina Schacknat zur Schriftführerin wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Controllingbericht zum 1. Gleichstellungsplan für 2019 - 2023 (zurückgestellt aus der Sitzung vom 08.03.2021; bitte halten Sie Ihre Unterlagen bereit) 3641/2020

MdR Krupp bittet darum, diesen Tagesordnungspunkt in den Gleichstellungsausschuss zu geben.

Beschluss:

Ohne Votum in die folgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2 Internationales

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer mdl. Anfrage des RM Cremer zum Leitfaden für eine wertschätzende Kommunikation bei der Stadt Köln hier: mündliche Anfrage aus der Sitzung vom 08.03.2021, 4.3 der Niederschrift 1040/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.2 Beantwortung einer mdl. Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Standesamtliche Trauungen in Köln" 1388/2021

MdR Korinek fragt nach und bezieht sich dabei auf den Satz in der Antwort der Verwaltung: „sobald die Möglichkeiten einer Lockerung bestehen“, er erkundigt sich welche Kriterien hier für die Verwaltung gelten. Sei dies der Inzidenz-Wert von unter hundert oder wann sehe die Verwaltung die Möglichkeit?

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert teilt mit, dass hierfür keine strikten Inzidenzwerte definiert worden seien, sondern sich nach der allgemeinen Abwägung nach den Coronaschutzvorgaben gerichtet werde. Grundsätzlich bestehe das Bemühen, schnell eine Teilnahme zu ermöglichen. Derzeit sei jedoch ersichtlich, dass der Inzidenzwert weiter steigend sei.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Mitteilung zum Antrag der SPD-Fraktion AN/1157/2020 "Kölner Ordnungsdienst darf nicht an den Stadtrand verlagert werden" vom 25.01.2021 0566/2021

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass für ihn kein zwingender Grund erkennbar sei, den Ordnungsdienst an den Stadtrand zu verlegen. Er bezieht sich insbesondere auf die Aussage, dass im Herbst 2019 kein anderes Immobilienangebot vorgelegen habe. Er sei der Meinung, dass es die Möglichkeit gegeben habe, nach anderen Immobilien zu suchen. Den Ordnungsdienst tief in den Westen Kölns zu verlegen, sei nicht nachvollziehbar.

MdR Richter führt aus, dass die Begründung für die Standortwahl nachvollziehbar sei. Er bezieht sich dabei insbesondere auf die fehlende Zustimmung des Personalrates zu weiteren Einstellungen wegen Platzmangels in Deutz. Darüber hinaus sei die Immobiliensituation für eine Anmietung dieser Größenordnung schlüssig dargestellt. Der Standort sei auch ausweislich der Aussagen der Verwaltung nicht optimal. Es müssten weitere Lösungen im Rechtsrheinischen gefunden werden. Die BV Kalk werde hierzu initiativ werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2 Evaluierungsbericht des Sachstandsbericht der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus 0632/2021

Der Vorsitzende teilt mit, dass es hier noch Beratungsbedarf gäbe.

Die Mitteilung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

4.3 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen im Jahr 2020 0661/2021

MdR Cremer erkundigt sich, nach den freiwilligen Ausreisen und bezieht sich dabei auf die Vorlage. Es seien 182 Personen unbekannt verzogen, die zuvor in Besitz einer Duldung waren, in der Regel handele es sich dabei um freiwillige Ausreisen aus Deutschland.

MdR Cremer führt fort, es seien demnach Personen ausgereist, ohne jemandem Bescheid zu sagen. Er erkundigt sich, wie man sich sicher sein könne, dass diese Ausreisen stattgefunden hätten und keiner untergetaucht sei.

Zudem sei bei den Duldungsgründen der zweit häufigste Grund: „sonstige Gründe“. Er führt weiter aus, es seien 1872 Personen. Er merkt an, dass dies fast ein Drittel der Personen sei, die geduldet werden. MdR Cremer erkundigt sich, was er sich unter sonstige Gründe vorstellen könne.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Beantwortung der Anfrage schriftlich durch die Verwaltung erfolge.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.4 Transparenzbericht 2020 zur Verwaltungsreform #wirfürdiestadt und Innovationsplattform innovative-stadt.koeln 1329/2021

Hinweis:

Aufgrund der Corona-Situation ist die Verwaltung angehalten, möglichst auf Präsenztermine zu verzichten.

Daher wird in Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden, Herrn Petelkau, auf eine Präsentation durch Herrn Dr. Heinz in der Sitzung am 26. April 2021 verzichtet. Stattdessen können die Ausschussmitglieder über folgenden Link auf das Video der Pressekonferenz zur Veröffentlichung des Transparenzberichts 2020 zur Verwaltungsreform #wirfürdiestadt und den Launch der Innovationsplattform innovative-stadt.koeln zugreifen und sich informieren: <https://youtu.be/2YztrDaUjEs>

Zusätzlich liegen Druckexemplare des Transparenzberichts 2020 in der Sitzung in Ergänzung zur PDF-Fassung als Anlage der Vorlage bereit.

Fragen werden gerne im Nachgang schriftlich durch die Verwaltung beantwortet.

Der Vorsitzende führt aus, dass Herr Dr. Heinz vorgeschlagen habe, eine gesonderte online Präsentation durchzuführen, um den Pandemieregeln entsprechend Folge zu leisten. Diese werde vorbereitet, um TOP 4.4 ausführlich erläutern zu können.

MdR Dr. Krupp gibt sein Einverständnis und merkt an, dass noch Fragen zu diesem Thema offen seien, die bei dieser Gelegenheit auf die online Sonderveranstaltung verlagert werden.

Der Vorsitzende führt aus, ein Link stehe zur Verfügung. Er werde zudem mit Herrn Dr. Heinz besprechen, dass eine Zusatzsitzung gemacht werden solle, in der jeder die Chance habe, sich das Video im Vorhinein anzuschauen und anschließend Fragen stellen zu können.

Die Mitteilung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

4.5 Mitteilung des Personal- und Verwaltungsmanagements zu den Themen Personalmarketing- und Personalgewinnungsmaßnahmen 0691/2021

MdR Spehl lobt die Verwaltung bezüglich der Personaleintritte im Jahr 2020. 2800 Eintritte seien ein tolles Ergebnis. Ein großer Teil sei wahrscheinlich mit dem Gesundheitsamt in Verbindung zu bringen. Es sei dennoch ein guter Schritt in die richtige Richtung, leere Stellen zu besetzen.

MdR Spehl bittet die Verwaltung um eine Darstellung der finanziellen Spielräume, die die aktuelle Tarifstruktur vorgibt, im Hinblick auf den Wettbewerb zum Thema Fachkräftegewinnung, Bewerbungsprozesse und Außenwirkung.

MdR Spehl erkundigt sich, welche finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, um als Stadt Köln für Fachkräfte interessanter zu wirken.

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert teilt mit, dass diese Fragen im Nachgang nochmal ausführlich beantwortet werden. Sie gäbe an dieser Stelle den Hinweis, dass die Spielräume, die die Tarifstrukturen ermöglichen, ausgenutzt werden. Sie nennt beispielsweise die Fachkräftepauschalen.

Frau Klimaszewska-Golan teilt mit, dass sie den Integrationsrat als Juristin repräsentiert. Sie begrüßt, dass schon bei der letzten Wahlperiode Werbung mit Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen worden sei. Sie gehe davon aus, dass dies bei der Werbung bereits sehr gut gelungen sei und würde sich freuen, wenn dies auch in der Zukunft noch deutlicher würde.

Herr Vogel ergänzt, es sei ein Bemühen da, die Lebensrealität mit verschiedenen Kulturen abzudecken. Er verweist auf die Plakate, die in der Stadt hängen, auf denen People of Color abgebildet seien. Auch bei Instagram wäre eine Kampagne gestartet. Da allerdings einer Kollegin rassistische Äußerungen öffentlich entgegen schlugen, müsse, unter Berücksichtigung der Fürsorgepflicht, zwischenzeitlich eingegriffen werden. Er bedauere das aber, es müsse abgewogen werden, was im Internet gehalten werden könne und was nicht. Gleichwohl sei er dankbar, dass die Kampagne mit den Kolleg*innen stattfindet und viele bereit sind, ihr Gesicht in der Öffentlichkeit zu zeigen. Es werden keine Models und Agenturen mit einbezogen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.6 Jahresbericht über die Zugriffszahlen von stadt.koeln in 2020 1363/2021

MdR Dr. Krupp begrüßt, dass sich die Zugriffszahlen steigender Beliebtheit erfreuen. Es sei allerdings aufgefallen und angemerkt worden, dass auf den Corona-Sonderseiten zwar viele Informationen zu finden seien, diese aber nicht sehr niedrigschwellig präsentiert seien. Er könne dies bestätigen, nachdem er sich das angeschaut habe. Es gäbe beispielsweise Informationen dazu, in welchen Zonen die Maskenpflicht gelte, es sei aber nicht erkennbar, dass die Maskenpflicht in bestimmten Zonen, an bestimmte Uhrzeiten, gelte. An dieser Stelle werde auf die PDF der Allgemeinverfügung verwiesen. Für Personen die sich intensiver mit dem Thema beschäf-

tigen wollen, sei das das richtige aber für diejenigen die lediglich einen flüchtigen Blick darauf werfen wollen, was heute in Köln an den entsprechenden Orten gelte, sei eine niedrigschwelligere Informationsdarbietung zu wünschen.

Herr Vogel teilt mit, dass dieses Thema derzeit bearbeitet werde. Es werde mehr und mehr Kartenabbildungen ausgearbeitet, auf welchen beispielsweise Teststellen nachsehbar seien. Die Inzidenzzahlen seien bereits nicht mehr als Excel Tabelle aufgeführt, sondern als Karte dargestellt. Es werde zunehmend versucht die wichtigsten Informationen prägnant aufzuzeigen. Es seien sehr viele Informationen, wenn man die städtischen Regelungen, Landesregelungen und Bundesregelungen berücksichtige. Es werde versucht, diese vielen Regelungen so zu vermitteln, dass ein einfacher Zugang möglich sei. Neben dem Thema Barrierefreiheit, einfache Sprachen und Fremdsprachen, sei es wichtig möglichst prägnant die wichtigsten Informationen darzustellen. Das Thema Karten sei dort ein wichtiges Element und werde weiter in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informationsverarbeitung ausgebaut.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.7 Bußgeldkatalog der Stadt Köln zur Ahndung von Verstößen gegen die Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Köln (Wohnraumschutzsatzung)
1344/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.8 Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud
1126/2021**

MdR Krupp bittet darum, aufgrund der Kurzfristigkeit, diese Vorlage beim nächsten Mal nochmal aufzurufen.

Die Mitteilung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

**4.8.1 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 7. April 2021
1314/2021**

Die Mitteilung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

**6.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Videoüberwachung am Ebertplatz" (zurückgestellt aus den Sitzungen vom 31.08.2020, 25.01.2021 und 08.03.2021; bitte halten Sie die Unterlagen bereit)
AN/1141/2020**

**6.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Bereitstellung von Räumen für Kölner Schiedsleute" (zurückgestellt aus der Sitzung vom 08.03.2021; bitte halten Sie die Unterlagen bereit)
AN/0359/2021**

**6.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, Volt-Fraktion und Ratsgruppe GUT betreffend "Realisierung Antrag Jobrad für städtische Mitarbeitende" (zurückgestellt aus der Sitzung vom 08.03.2021; bitte halten Sie die Unterlagen bereit)
AN/0411/2021**

**Beantwortung der Anfrage AN/0411/2021 (TOP 6.3) betreffend "Realisierung Antrag Jobrad für städtische Mitarbeitende", Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, Volt-Fraktion sowie der Ratsgruppe GUT,
AN/0411/2021
0826/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.4 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der CDU Fraktion und Volt-Fraktion betreffend "Personalbericht 2019/2020" (zurückgestellt aus der Sitzung vom 08.03.2021; bitte halten Sie die Unterlagen bereit)
AN/0410/2021**

**Beantwortung der Anfrage AN/0410/2021 (TOP 6.4) betreffend "Personalbericht 2019/2020" gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zum Personalbericht 2019/2020
1421/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**Beantwortung der Anfrage AN/0410/2021 (TOP 6.4) betreffend "Personalbericht 2019/2020"
0835/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.5 Anfrage der AfD betreffend "Ordnungsmaßnahmen in der Corona Pandemie"
AN/0889/2021**

**Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates,
AN/0889/2021 der AfD-Fraktion "Ordnungsmaßnahmen in der Corona
Pandemie" zur Sitzung am 26.04.2021
1524/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

7 Mündliche Anfragen

**7.1 Mündliche Anfrage der FDP-Fraktion betreffend: „Samstagstrauung an
Ambienteorten“**

Die FDP-Fraktion bittet um Beantwortung der nachfolgenden Fragen in Bezug auf die Samstagstrauung an Ambienteorten, die Fragen beziehen sich auf die Sitzung vom 25.01.2021 zu Tagesordnungspunkt 4.6:

Nach Auskunft von Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert befand man sich seinerzeit in Verhandlungen mit der Personalvertretung über neue Arbeitszeitregelungen. Danach waren Samstagstrauungen im Historischen Rathaus nur noch bis zum 26.06.2021 und an den Ambiente-Trauorten bis zum 05.06.2021 gesichert.

Seither sind drei Monate vergangen.

- Wie ist der Sachstand hinsichtlich der Verhandlungen zwischen der Personalvertretung und der Verwaltung zu Arbeitszeitregelungen im Allgemeinen und den Samstagstraudiensten im Besonderen?
- Sollte es noch keine Einigung mit der Personalvertretung geben, wie sehen dann die nächsten Schritte aus?

8 Anträge

9 Platzvergaben

**9.1 Genehmigung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen
für das 2. Halbjahr 2021
1203/2021**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

im Rahmen der Genehmigungen für Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2021

1. den zentralen Innenstadtplatz Heumarkt für die Durchführung
 - Des Altstadtfestes vom 08.10. – 10.10.2021
(incl. Auf- und Abbauzeiten 06.10. – 11.10.2021)

dem Veranstalter zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Änderungsverordnung zum Kölner Taxitarif 0539/2021

MdR Detjen teilt mit, dass es im Taxi-Bereich prekäre Beschäftigungsverhältnisse gebe. Die aktuelle Situation sei, dass weniger Aufträge vorhanden seien. Er bitte darum, dem Antrag auf Erhöhung zuzustimmen und keine Auflagen zu erlassen. Es handele sich um eine mäßige Erhöhung der Taxigebühren.

Beschluss:

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.2 Bedarfsfeststellung für ein Assessment Center zur Auswahl der Teilnehmenden an einer modularen Qualifizierung und zur Vergabe der Förderungen bzw. Anerkennungen eines Masterstudiums im Verwaltungsbereich, technischen Bereich und Sozial- und Erziehungsdienst 1079/2021

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales stellt den Bedarf zur Durchführung des Assessment Centers für den oben genannten Teilnehmendenkreis fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.3 Erweiterung des bisherigen Projektes „Bleiberechtigtenperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln“ zum Programm „Bleibeperspektiven in Köln“ 3534/2020

Beschluss

- 1) Der AVR empfiehlt dem Rat folgendes zu beschließen: die Erweiterung des bisherigen Projektes „Bleiberechtigtenperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln“ zum Programm „Bleibeperspektiven in Köln“ auf der Grundlage des Konzeptes aus Anlage 1 und des Förderprogramms aus Anlage 2 ab dem 01.05.2021.
- 2) Zur Finanzierung der Erweiterung des Projektes empfiehlt der AVR dem Rat folgendes zu beschließen: Gemäß § 83 GO NRW überplanmäßige zahlungswirksame Mehraufwendungen im Haushaltsjahr 2021 im Teilergebnisplan 0209 – Ausländerangelegenheiten – in Höhe von 191.740 EUR in der Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen sowie in Höhe von 147.340 EUR in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen. Die Deckung erfolgt durch zahlungswirksame

me Minderaufwendung im Teilergebnisplan 0503, Weitere soziale Pflichtleistungen, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen. Zum Haushaltsplan 2022 ff. erfolgt die Bereitstellung der benötigten Mittel im Rahmen einer haushaltsneutralen Umschichtung.

- 3) Für die Erweiterung des Projekts erfolgt die Einrichtung folgender unbefristeter Stellen zum Stellenplan 2022
 - 2,0 Planstellen Sozialarbeiter/in / -pädagog/e/in, EGr. S12 TVöD-SuE
 - 1,0 Planstellen Verwaltungsbeschäftigte/r EGr.:9c TVöD bzw. StOI BGr. A10 LBesG NRW
 - 1,0 Planstellen Verwaltungsbeschäftigte/r EGr.: 8 TVöD bzw. StHS BGr. A 8 LBesG NRW
- 4) Bis zum Start des erweiterten Programms wird die aktuelle Projektarbeit fortgesetzt und den beteiligten Trägern eine Förderung gemäß der bisherigen Projektkooperation gewährt, um einen fließenden Übergang des Projekts in das neue Programm zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Bei einer Enthaltung zugestimmt.

10.4 Platzhalter, ehemalg: "Controllingbericht zum 1. Gleichstellungsplan für 2019 - 2023 (zurückgestellt aus der Sitzung vom 08.03.2021)"

10.5 Besetzung der Ausländerrechtlichen Beratungskommission (ABK) für die Wahlperiode 11-2020 - 2025 3683/2020

Der Vorsitzende schlägt vor, die Namen der Fraktionen und jeweils ein Mitglied sowie eine Stellvertretung zu benennen.

MdR Richter nennt für die Grünen, das ordentliche Mitglied und Ratsmitglied Dilan Yazicioglu und die Stellvertretung Herr Firat Yurtsever.

MdR Dr Krupp nennt für die SPD, das ordentliche Mitglied Frau Brockstorms, die Stellvertretung sei noch in Klärung.

MdR Spehl nennt für die CDU, das ordentliche Mitglied Aaron Appuhn und die Stellvertretung von Felix Spehl.

MdR Detjen nennt für die Linken, das ordentliche Mitglied Güldane Tokyürek und den Stellvertreter Jörg Detjen.

MdR Hoyer nennt für die FDP, das ordentliche Mitglied Catherine Schöppen und die Stellvertretung Stefanie Ruffen.

MdR Müller teilt mit, dass für die VOLT noch keine Namen vorgeschlagen werden können.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass noch drei Nachmeldungen seitens VOLT und eine Stellvertretung seitens der SPD zu machen seien. Diese Vorlage werde im Rat entschieden.

Beschluss:

- I. Die Geschäftsordnung der ausländerrechtlichen Beratungskommission wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 1 lautet:

Der ausländerrechtlichen Beratungskommission gehören von den stimmberechtigt im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vertretenen Fraktionen des Rates der Stadt Köln je ein benanntes Mitglied sowie jeweils drei Vertreter/innen der freien Wohlfahrtspflege, ein/e Vertreter/in der Flüchtlingsberatungsstellen, ein/e Vertreter/in des Integrationsrates, ein/e Vertreter/in des Amtes für Integration und Vielfalt und der/die Vertreter/Vertreterin der Ausländerbehörde an. Die Fraktionen benennen jeweils ein Mitglied und eine Stellvertretung.

II. Der Rat bestellt gemäß § 2 Absatz 1 der Geschäftsordnung der ausländerrechtlichen Beratungskommission

a) auf Vorschlag der Fraktionen im Rat folgende Mitglieder und Stellvertreter*innen

Mitglied		Stellvertretung
Grüne	Dilan Yazicioglu	Firat Yurtsever
SPD	Frau Brockstorms	noch offen
CDU	Aaron Appuhn	Felix Spehl
Linke	Güldane Tokyürek	Jörg Detjen
FDP	Catherine Schöppen	Stefanie Ruffen
Volt	noch offen	noch offen

b) auf Vorschlag des Integrationsrates folgendes Mitglied und Stellvertreter*in

1. _____

c) auf Vorschlag der freien Wohlfahrtspflege, der Flüchtlingsberatungsstellen, des Amtes für Integration und Vielfalt und der Ausländerbehörde.

	Ordentliches Mitglied	Stellvertreter/in
Für die freie Wohlfahrtspflege		
Diakonisches Werk Köln	Birgit Pikullik	Annette de Fallois
Caritasverband für die Stadt Köln e.V.	Monika Kuntze	Susanne Rabe-Rahman
Deutsches Rotes Kreuz	Marita Bosbach	(Stellvertretung erfolgt durch Int. Bund)
Internationaler Bund (Stellvertretung für DRK)	./.	Peter Zinken
Für die Flüchtlingsberatungsstellen	Claus-Ulrich Prölß (Kölner Flüchtlingsrat e. V.)	Denise Klein (agisra e.V)
Für das Amt für Integration und Vielfalt	Susanne Kremer-Buttkereit	Andreas Vetter
Für die Ausländerbehörde	Christina Boeck	Ulrike Willms

III. Die Bestellung erfolgt für die Dauer der Wahlperiode des Rates.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.6 Satzung zur rückwirkenden Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren vom 19. Dezember 2012
0988/2021**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat der Stadt Köln folgendes zu beschließen: Die in Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren vom 19. Dezember 2012.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmung zugestimmt.

**10.7 Änderung der Hauptsatzung, hier: Erweiterung der Entsendung sachkundiger Einwohner*innen durch die Seniorenvertretung (Wirtschaftsausschuss, Digitalisierungsausschuss, Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie Gleichstellungsausschuss)
0329/2021**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.8 Bedarfsfeststellungsbeschluss im Zuge des erhöhten Risikomanagements der Stadt Köln für die Silvesterfeiern in den Jahren 2021 bis 2024 und Vergabe der Leistungen
0283/2021**

MdR Pütz teilt mit, es sei auf den ersten Blick nicht ersichtlich, warum der Ratsbeschluss vom 23. Februar für das öffentliche Feuerwerk hier keine Auswirkung habe. Es stelle sich die Frage, inwiefern sich die Bedarfsfeststellung für die Folgejahre 2022, 2023, 2024 in Hinblick auf den Ratsbeschluss ändern könnte.

MdR Detjen teilt mit, dass sein Anliegen in eine ähnliche Richtung gehe, es gäbe in den letzten Jahren vor der Pandemie, im Rahmen von Silvester, auf dem Roncalliplatz ein präventives Konzert, das käme allerdings in der Vorlage nicht mehr vor. Dies müsse eigentlich in diesem Zusammenhang mitberechnet werden, die finanziellen Belastungen halten sich hier in Grenzen. Er halte dieses präventive Konzept für den Silvesterabend für sehr vernünftig.

MdR Cremer verweist auf die Zeit vor 2015, in der ein normales Silvester stattgefunden habe und erkundigt sich, wann diese Sicherheitsmaßnahmen am Kölner Dom, nicht mehr nötig seien im Hinblick auf die hohen Kosten.

Herr Breuer teilt mit, dass es erfahrungsgemäß sehr sinnvoll sei, ein Sicherheitskonzept in Köln, für die Silvesterfeiern, auf die Beine zu stellen. Es gäbe ein Koordinierungsgremium im Rathaus und einen Sicherheitsdienst vor Ort. Es habe in den letzten

Jahren gut geklappt, negative Auswirkungen bei den Silvesterfeierlichkeiten zu unterbinden. Hilfreiche Instrumente könnten präventive Veranstaltungen sein. Sehr genutzt habe auch die Durchsetzung des Feuerwerkmitführverbots. Das seien aber gesonderte Fragestellungen. Zunächst solle ein Sicherheitsunternehmen beauftragt werden, welches unter anderem Absperrmaßnahmen zur Verfügung stelle. Die Aufgabe, etwas am Dom stattfinden zulassen, läge eher in dem Bereich der Eventplanung.

MdR Detjen fragt nach, ob Herr Breuer generell ein präventives Konzept begrüßen würde.

Herr Breuer bestätigt dieses und teilt mit, dass dies jedoch nicht Teil der Bedarfsfeststellung sei. Zur Frage von Herr Pütz verweise er auf den Beschluss. Falls es so sei, dass es in Zukunft ein zentrales Feuerwerk geben solle, müsse gegebenenfalls etwas geändert werden. Der Vertrag gelte für ein Jahr mit der Option, dreimal zu verlängern. Das Sicherheitskonzept sei darauf ausgelegt, die Innenstadt und den Dom zu schützen. Es werde darauf geachtet, dass nicht geknallt werde und keiner zu Schaden komme.

MdR Richter bedankt sich für die Ausführungen hinsichtlich der Bedarfslage zum Sicherheitskonzept, die für ihn nachvollziehbar sei. Er teilt mit, dass es in der Vergangenheit das Thema musikalisches Begleitprogramm in anderer Vorlage mitgeplant werde, daher müsse es hier nicht berücksichtigt werden. In dieser Beschlussvorlage sei das Sicherheitskonzept im Fokus.

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert teilt mit, dass die Beschlussfassung sich auf die Punkte beziehe, die in der Fassung genannt sind. Es sei nicht Gegenstand dieser Vorlage, etwaige Sonder- und Zusatzveranstaltung präventiver Natur, wie beispielsweise das Konzert, zu berücksichtigen. Das Thema wäre also unabhängig von dieser Beschlussvorlage zu betrachten. Sie hoffe, dies beantworte die Fragen an dieser Stelle.

Der Vorsitzende lässt über den Beschluss abstimmen.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt zur Kenntnis, dass die Stadt Köln analog der Vorjahre anlässlich der Silvesterfeiern 2021 bis 2024 ein erhöhtes Risiko-Management und in diesem Rahmen Maßnahmen zur Vermeidung und Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung plant und durchführt.
2. Der Rat der Stadt Köln erkennt den mit der Übernahme dieses erhöhten Risikomanagements verbundenen finanziellen Bedarf für Sicherheitsmaßnahmen zu Silvester in Höhe von netto insgesamt 1.702.500 EUR (brutto 2.025.975 EUR) für die Jahre 2021 bis 2024 an und stimmt der Vergabe der Leistungen als Gesamtpaket im Wege einer öffentlichen Ausschreibung für das Jahr 2021 mit der Option der dreimaligen Verlängerung für die Jahre 2022 bis 2024 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.9 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“ hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 und 2 1004/2021

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat der Stadt Köln folgendes zu beschließen:

1. die Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“ (KIM) sowie die Umsetzung der Förderbausteine

- (1) Implementierung und Betrieb eines strategischen Kommunalen Integrationsmanagements und
- (2) Implementierung eines rechtskreisübergreifenden, individuellen Case Managements

unter dem Vorbehalt der Förderung aus Mitteln des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW (MKFFI). Für das Jahr 2021 liegen die Bewilligungsbescheide der Bezirksregierung Arnsberg bereits vor. Die Laufzeit des Projektes beginnt am 01.05.2021 und endet zum 31.12.2022.

2. die Finanzierung des Gesamtprojektvolumens von 1.686.708,05€ wie folgt:

- Die erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2021 werden im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity finanziert. Es werden insgesamt Mittel in der Teilplanzeile 11-Personalaufwendungen i.H.v. 213.633,33€, in der Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen i.H.v. 226.666,67€ und in der Teilplanzeile 16-Sonstige ordentliche Aufwendungen i.H.v. 78.100,00€ benötigt. Darüber hinaus ist mit einem voraussichtlichen Ertrag in der Teilplanzeile 02-Zuwendungen und allgemeine Umlagen i.H.v. 463.500,00€ zu rechnen. Diese Erträge werden zur Finanzierung herangezogen. Der Eigenanteil i.H.v. 54.900,00 € wird innerhalb des Budgets des Teilplans 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity kompensiert.
- Haushaltsjahr 2022: Es werden insgesamt Mittel in der Teilplanzeile 11-Personalaufwendungen i.H.v. 326.859,00€, in der Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen i.H.v. 680.000,00€ und in der Teilplanzeile 16-Sonstige ordentliche Aufwendungen i.H.v. 78.100,00€ und in der Teilplanzeile 02-Zuwendungen und allgemeine Umlagen i.H.v. 843.100,00€ benötigt. Diese Erträge werden zur Finanzierung herangezogen. Die genannten Aufwendungen führen somit zu einem Mehrbedarf gegenüber der beschlossenen Haushaltsplanung 2020/2021 inkl. mittelfristiger Finanzplanung. Die Mittelfristplanung selbst stellt noch keine gesicherten Aufwandsermächtigungen dar. Das Dezernat OB wird im Rahmen des Haushaltsplanungsprozesses 2022ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity vorsehen.
- Haushaltsjahr 2023: Es werden insgesamt Mittel in der Teilplanzeile 11-Personalaufwendungen i.H.v. 83.349,05€ benötigt. Die genannten Aufwendungen führen somit zu einem Mehrbedarf gegenüber der beschlossenen Haushaltsplanung 2020/2021 inkl. mittelfristiger Finanzplanung. Die Mittelfristplanung selbst stellt noch keine gesicherten Aufwandser-

mächtigungen dar. Das Dezernat OB wird im Rahmen des Haushaltsaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity vorsehen.

3. die für den Förderzeitraum (01.05.2021-.31.12.2022) und die nachfolgende Abwicklung der Projektabschlussarbeiten vom 01.05.2021 bis 31.03.2023 befristete Einrichtung von folgenden Stellen:

Förderbaustein 1

- 1,0 E 13 TVöD bzw. A13 Lg. 2, 2. Eingangsamts LBesG NRW
(Leitung und Strategischer Overhead)
- 1,5 S17 TVöD S
(Strategische Steuerung Integration Zugewanderte in den Arbeitsmarkt)
- 0,5 A7 LBesG NRW (Assistenz)

Förderbaustein 2

- 1,0 S15 TVöD S
(Mitarbeit Strategische Steuerung Beratungslandschaft für Zugewanderte/Case Management in Köln und operative Koordination der Case-Manager*innen)

Für die vorzeitige Besetzung ab dem 01.05.2021 werden bis zum Inkrafttreten des Haushalts 2022 verwaltungsintern entsprechende Verrechnungsstellen bereitgestellt.

Begründung der Dringlichkeit

Aufgrund der umfangreichen verwaltungsinternen Abstimmungen kann die Vorlage nicht fristgerecht in den Beratungsgang eingebracht werden. Eine Beschlussfassung in der Sitzung des Rates am 06.05.2021 ist erforderlich, da der Förderbescheid des Landes bereits vorliegt und der Projektstart auf den 01.05.2021 festgelegt ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.10 Live-Stream attraktiver gestalten
1327/2021**

MdR Richter merkt an, dass die Vorlage wie vereinbart ohne Votum weiter in die nachfolgenden Gremien verwiesen werde. Er teilt mit, dass zu der Datenschutzfolgeabschätzung, bei dem Thema: „Löschen der Beiträge“, ein Vorschlag gemacht worden sei, welcher beinhaltet, dass die Beiträge nach der jeweiligen Ratsperiode gelöscht werden würden. Dies habe zur Folge, dass manche Beiträge nach 4 Jahren und andere Beiträge bereits nach 6 Wochen gelöscht werden würden. Er erkundigt sich, ob es möglich sei, eine einheitliche Regelung, beispielsweise auf ein Jahr, festzulegen.

Herr Vogel teilt mit, dass das Thema bereits in dem Digitalisierungsausschuss diskutiert worden sei, der Datenschutzbeauftragte habe darauf hingewiesen, dass festgelegt werden müsse, ab wann eine Sitzung gelöscht werde. Der Rat sei frei darin zu

entscheiden, wie lange eine Sitzung öffentlich abrufbar sein könne. Der Vorschlag, den Zeitraum einer Ratsperiode zu wählen, käme daher, dass erfahrungsgemäß viele Themen nicht in einer Sitzung abgeschlossen seien, sondern über mehrere Ratssitzungen gestreckt werde. Wenn eine Diskussion verfolgt werden möge, könne dies innerhalb einer Ratsperiode somit gewährleistet werden. Wenn der Rat beschließe, dass ein solcher Zeitraum zu breit wäre, sei es dem Rat freigestellt, beispielsweise auf ein Jahr zu verkürzen.

MdR Richter erkundigt sich, inwiefern die Ratssitzungen „privat“ genutzt werden könne, er vermute, dass einige Mitglieder sich erhoffen, die Sitzung beispielsweise auf ihrer Facebook-Seite veröffentlichen zu können.

Herr Vogel teilt mit, dass in der Anlage der Vorlage bereits etwas dazu hinterlegt sei. Aus der Abstimmung mit dem Rechtsamt und dem Datenschutzbeauftragten ging hervor, dass eine Verlinkung auf der eigenen Facebook-Seite unproblematisch sei. Allerdings wäre eine Einbettung des Beitrags in die eigene Facebook-Seite oder eine Drittanbieter Website problematischer, denn dies setze einen Vertrag voraus, welcher die Genehmigung jedes Teilnehmenden, der in dem Beitrag zu sehen oder zu hören sei, voraussetze. Aufgrund der Fülle der Lizenzvereinbarung, die geschlossen werden müssten, sei diese Option eher unrealistisch. Er verweise hier nochmals auf die Ausführung des Rechtsamtes in der Anlage.

Beschluss:

Ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.11 Erschließung von alternativen Spielstätten: Umsetzung Konzept zur Förderung des Open-Air-Angebots sowie Corona-Zwischennutzungsfonds 2021
1217/2021**

MdR Dr Krupp bittet diese Vorlage ohne Votum in die folgende Gremien zu geben.

Beschluss:

Ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

Gez. Bernd Petelkau
(Vorsitzender)

Anja Siemon
(Schriftführung)